

SPD Brandenburg – eine formierte Gesellschaft pro BER – contra Nachtflugverbot – und Personenkult für Platzek

**Der Umgang von Platzek, die praktizierte Selbstaufgabe von 130
Parteitagsdelegierten auf der Landesdelegiertenkonferenz in Luckenwalde
zeigen das Bild einer von Platzek geformten formierten Gesellschaft. Für
diese formierte SPD gibt es nur ein Ziel: Gleich was Platzek macht und will,
wir sind seine Hilfstuppe für Personenkult.**

Wie nicht anders zu erwarten begrub der Parteitag der brandenburgischen SPD (22.09.2012) alle Hoffnungen auf die Durchsetzung eines Volksbegehrens gegen den Nachtflug. Unbeeindruckt von der Kampagne der Bürgerinitiativen zum Nachtflugverbot schmetterten Platzek und sein Infrastrukturminister Vogelsänger Anträge und Reden ab, die ein Nachtflugverbot forderten. So die „Berliner Zeitung“ (24. Sept. 2012**„Als das Nachtflugverbot aufgerufen wurde, rundete Platzek persönlich die Debatte ab: „Ich finde es gut, dass wir das Thema besprechen.“ Nur dazwischenfunken soll die Partei ihm nicht beim Regieren, und sie hat diesem Wunsch entsprochen“....** Im Stil solch autoritären Gehabes regieren nicht nur Putin und Lukaschenko. Das geht auch in Brandenburg, wie Platzek und seine SPD beweisen. Im Klartext: Redet brav ihr dummen Delegierten, nur das hilft euch nicht, denn ich regiere! Dafür belohnten ihn dann die Delegierten mit über 93% der Delegiertenstimmen bei seiner Wiederwahl. Auch das erinnert an die Praktiken autoritärer Systeme, eine unselige deutsche Vergangenheit. Ob dieses, in seiner Dimension an vergangene Zeiten erinnernde Stimmergebnis durch Krokodilstränen für seine Bußfertigkeit, sein Eingeständnis seines Versagens, seiner gescheiterten Flughafenspolitik möglich wurde, ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass diese Delegierten sich mit ihrer Stimme dafür bedankt haben, dass er sich damit brüstete, dass „...**„Die Entwicklungen der vergangenen Monate rund um den neuen Flughafen ‚Willy Brandt‘ sind alles andere als ein Ruhmesblatt für unser Land, für die Flughafengesellschaft, die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat - und auch für mich selbst“**.....

In den Medien wurde dann berichtet: die „Anträge verschiedener Ortsvereine für ein striktes Nachtflugverbot am neuen Hauptstadtflughafen von 22.00 bis 06.00 Uhr scheiterten. Dagegen erhielt ein Initiativantrag eine große Mehrheit, der sich insbesondere beim Lärmschutz für Kompromisse einsetzt. Zuvor hatten Ministerpräsident Platzek und Verkehrsminister Jörg Vogelsänger argumentiert, der Flughafen müsse sich wirtschaftlich entwickeln können, wofür ein ausgeweitetes Nachtflugverbot ein Hindernis wäre.“....

Kein Wort dazu, von diesen Spezialdemokraten, dass es ein Recht auf Nachtruhe gibt, Fluglärm in der Nacht unbestritten krank macht, insbesondere unsere Kinder (mehr als 15%, so der Gutachter der Landesregierung, Prof. Jansen, 2006 vor dem Bundesverwaltungsgericht), die auch noch durch den Fluglärm in ihrer Entwicklung, ihrem Lernverhalten massiv benachteiligt werden.

Die Begründung für die behauptete Notwendigkeit eines ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolgs des BER ohne Nachtflug ist in der Sache so falsch wie zynisch. Bisher konnten Platzek und seine Epigonen noch nicht einen Beweis dafür

vorlegen, dass die Wirtschaftlichkeit des BER nur durch Nachtflug gerettet werden kann. Das Gegenteil ist der Fall (siehe hierzu [ber-na.de](#) „ErlPräsntNachtflug260412“ und „Ferdinand Breidbach LFA-CDU 23042012“ unter Downloads). Nachtflug nach 22:00 Uhr erzwingt Verluste, weil die Einnahmen aus dem Tagbetrieb die Kosten für den Flugbetrieb nachts niemals decken. Allerdings versprechen sich die Fluggesellschaften vom Nachtflug Gewinne, die dann vom Steuerzahler subventioniert werden, weil der Nachtflug für die Flughafengesellschaft Verlust ist.

Zynisch und zugleich unmoralisch ist die Behauptung von wirtschaftlicher Notwendigkeit des Nachtflugs auch, weil sie unbewiesen wirtschaftliche Interessen vor das grundrechtlich verbrieftete Recht auf körperliche Unversehrtheit stellt. Da ist es weder den Parteitagsdelegierten noch Platzeck eingefallen, dass es im Gegensatz zum grundrechtlichen Schutz auf körperliche Unversehrtheit keinen Grundrechtsschutz für „Wirtschaftlichkeit“ gibt. Die Gesundheitskosten aus der Folge des krankmachenden Nachtflugs zahlen dann die Versicherten der Krankenkassen.

Unhistorisch, bar aller Grundsätze halten die SPD-Politiker Sonntagsreden und leugnen, dass mit ihren heutigen Begründungen zum Nachtflug die Radikal-kapitalisten vor 130 Jahren auch Kinder unter 14 Jahren zum „Kohlehacken“ in die Bergwerke schickten. Nur durch diese unmenschliche Kinderarbeit, so die damalige Begründung, sei die Wirtschaftlichkeit der Kohleförderung und die Versorgung der Menschen mit diesem Brennstoff, möglich. Jetzt ist - mit den gleichen Folgen für die Gesundheit und Entwicklung der Kinder - nur ein angeblich wirtschaftlicher Flughafen zu betreiben. Dreckiger kann Politik nicht begründet werden!

Genau so verlogen wie ein notwendiger Nachtflug für den BER ist der Antrag, nachdem sich eine große Mehrheit der SPD – Delegierten für einen Kompromiss beim Lärmschutz ausgesprochen hat. Was für einen Kompromiss meinen die Kopfnicker? Kollektiv, auf Befehl haben sie verdrängt, dass es seit 2004, dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses „Flughafen BBI“ eine auch durch das Bundesverwaltungsgericht rechtlich unüberwindbare Regelung gibt. Sie haben dabei auch nicht zur Kenntnis genommen, dass angeführt von Platzeck und Wowereit Zehntausende Immobilienbesitzer und Fluglärm Betroffene um die Lärmschutzrechte über Jahre systematisch betrogen wurden. Die Zeitungen haben in den letzten Monaten doch übereinstimmend berichtet, dass sich der Betrug alleine im Geldwert auf fast 500 Mio. € belief. Wohl mit starker Leseschwäche ausgestattet haben diese Delegierten nicht lesen können, was geschrieben stand!

Wie gehabt wurde auch dieser Betrug mit der Gefährdung der Wirtschaftlichkeit des BER begründet, wenn den Betroffenen Recht widerfahren würde und sie einen Lärmschutz nach Recht und Gesetz bekommen würden. Wieder, lieber die Betroffenen krank machen, ihnen die Nachtruhe rauben, als für den wirtschaftlichen Schaden des BER aufkommen, den man selber durch die eingestandene Standortfehlentscheidung heraufbeschworen hat. Jetzt dafür wieder ein rechtswidriger „Kompromiss“, die Fortsetzung des Betruges mit Hilfe der SPD, auf Grundlage von Denken und Handeln der Frühkapitalisten.

In diesem Biotop von rücksichtslosen Verweigerungen vor dem Recht auf körperlicher Unversehrtheit, dem Schutz privaten Eigentums gedeihen dann „Platzecks“ als Politiker mit zwei Gesichtern. Erfolgreich spekulieren sie auf Dummheit und Einfältigkeit, lassen sich bejubeln und mit Ämtern belohnen. Stolz und

ignorant loben sie die Brandenburger, nicht ohne Seitenhieb auf die Berliner, die aus dem gleichgerichteten Verhalten von Wowereit und seiner Berliner SPD schon die Konsequenzen gezogen haben. Da wird Versagen und Zynismus abgestraft....“ **Mit Altruismus hat das „System Platzeck“ nichts zu tun. Anders als Vorgänger Manfred Stolpe ließ es Platzeck nie zu, Regierungsamt und Parteivorsitz zu trennen, wie es etwa in Berlins SPD üblich ist. Wer ihm womöglich als Konkurrent hätte gefährlich werden können, blieb auf der Strecke, wie etwa Ex-Landeschef Steffen Reiche. Um in dieser Landes-SPD etwas zu werden, so haben es die Jüngeren gelernt, muss man loyal sein. Außenseiter, Kritiker haben keine Chance.....** so berichten die Zeitungen vom Stil Platzecks.

Platzeck betreibt Machtpolitik mit der Attitüde des Biedermanns. Er ist als Person und mit diesem Stil in der SPD alternativlos. Wer über Alternativen zu seiner Politik nachdenkt, eine andere Meinung hat, fügt dem Land Schaden zu. Dieser Vorwurf hilft, seinen Schaden, den er mit seiner Flughafenpolitik angerichtet hat, klein werden zu lassen.

In seiner und der Selbstverherrlichung seiner Partei wird vertuscht, dass selbst bei den letzten Wahlen noch nicht einmal 20% der Brandenburger Wähler ihm und seiner SPD die Stimme gegeben haben. Mit dieser Minderheitenposition zu behaupten, er verstünde die Brandenburger, sie stünden hinter ihm, ist reine Hochstapelei. Auch das kann sich Platzeck leisten, denn CDU, FDP, Linke, Grüne, erzittern, wenn Platzeck den Bann über sie wirft. Sie sollen Jubelperser sein, die er dann gnädigst, nach Lust und Laune mit Ministerposten beglückt. Darum machen die Parteien die ganze verlogene Flughafenpolitik mit. Wenn sich einer heraus wagt, siehe die vormalige CDU – Vorsitzende Dr. Saskia Ludwig, dann übernehmen die eigenen Parteifunktionäre Platzecks Geschäft. Weg ist Sie, begleitet von Hohn und Spott.

Diese Politik des Verkleisterns wird die SPD einholen, spätestens wenn Platzeck im Ruhestand ist. Dann werden die jetzt kuschenden, plattgebügelten jungen Mitglieder, die Jugend der nächsten Generation nach Auswegen suchen um die Schäden abzuwenden, die Platzeck angerichtet hat. Wenn der BER – Flugbetrieb nach Inbetriebnahme, irgendwann, aufgenommen ist, dann wird die Standortfrage, die Raumunverträglichkeit des BER in Schönefeld zum Kriterium für den Bau eines neuen Großflughafens an einem raumverträglichen Standort in Brandenburg. Die Macht des Faktischen, eines Fluglärmteppichs von 70x35 km wird diese formierte Gesellschaft der Ignoranten zerreißen. Dies vorher zu sagen, ist nach allen Erfahrungen an andere Großflughäfen keine Kunst.

**Die Redaktion
NA- Neue Aktion**